

Entlarvte PSEUDO- Demokratie

Kommentar von
Wilhelm Schmülling

Da sage noch einer, mehr Demokratie sei nicht möglich. Jetzt wurde sogar das Ergebnis des mühsam ausgehandelten Koalitionsvertrags den SPD-Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt. Welch ein Fortschritt, so scheint es auf den ersten Blick. In Wirklichkeit war es der Versuch, eine im Wahlkampf festgelegte Aussage zu umgehen und den Mitgliedern die davon abweichenden Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen schmackhaft zu machen. Schließlich wurden einige sozialdemokratische Forderungen von der CDU übernommen, die Balsam für die soziale Seele beider Parteien sind. Reichen die Beschlüsse für eine angestrebte umfassende soziale Gerechtigkeit? Wohl kaum.

.....

Warum dieser nichtsnutzige Streit, ob die SPD mit der Mitgliederbefragung zur großen Koalition die Verfassung bricht oder nicht. Auf jeden Fall war es eine Gelegenheit mehr Basisdemokratie zu wagen. Wenn man die geringe Anzahl an Versammlungsbesuchern auf Informationsveranstaltungen der CDU zum Koalitionsvertrag sieht, hat die CDU keinen Anlass zu überheblicher Kritik.

Das ist eben das Dilemma, in einer auf Kapitalertrag ausgerichteten Wirtschaftsordnung die systembedingte Ungerechtigkeit produziert soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Das bleibt ein nicht zu lösendes Problem. Denn Kapitalismus und Marktwirtschaft vertragen sich nicht, sind sogar krasse Ge-

gensätze. Die ständige Gleichsetzung beider in den Medien ist gewollt. Wer kann schon etwas gegen Marktwirtschaft einwenden? Wer es doch tut, will die Planwirtschaft, unterstellt man. Und so werden von den Meinungsbildnern flugs die „Märkte“, die Kapitalmärkte genannte werden müssten, als Marktwirtschaft ausgegeben. Und die Bezeichnung „Finanzindustrie“ ist ebenfalls ein Mogelwort. Dort wird nichts produziert, nur spekuliert.

Auf den Märkten der Realwirtschaft werden Waren und Dienstleistungen der arbeitenden Menschen getauscht. Würde auf den Märkten dieser Leistungsträger das Geld ausschließlich als Tauschmittel eingesetzt und nicht ein Teil an das Kapital abgezweigt werden, gäbe es kein Eigentum ohne Arbeit. Denn Eigentum kommt von eigenem Tun. Die deutsche Sprache hat viele zutreffende Ausdrücke, auch für Ökonomen. Auf den angeblichen Finanzmärkten werden angeeignete Leistungen anderer Menschen für möglichst hohe Profite eingesetzt. Die heute unterschiedlichen Zielrichtungen der Märkte, die einen produzieren Waren, die anderen Profite, sind das Grundübel unserer Zeit.

Statt diese Übel zu erkennen und zu beheben, wollte man im Koalitionsvertrag mit kleinen Sozialpflasterchen die großen Probleme zukleistern. Selbst das Rentenpflasterchen hält nur einige Jahre, wie namhafte Wirtschaftswissenschaftler errechneten. Dann müssen die Jungen für die Alten sorgen. Und

die wirklich großen Probleme, die Stabilität des EURO, der Rettungsschirm EMS, der bei Bedarf über den Haushalt Deutschlands selbstherrlich verfügen kann, werden verdrängt. Man könnte die Liste vordringlicher Problem erweitern, doch die Hoffnung auf Abarbeitung schwindet. Wenn wenigstens die Regierung ihre selbst beschlossenen Gesetze einhalten würde. Siehe die gesetzlich vorgeschriebene Beitragssenkung in der Rentenversicherung. Von alledem findet man so gut wie nichts im Koalitionsvertrag, der lediglich eine Absichtserklärung darstellt.

Es bleibt eine vage Hoffnung, dass die große Koalition ihre angestrebten Ziele trotz der systemischen Hindernisse erreichen kann. Große Anstrengungen stehen bevor. Nicht nur von den Koalitionären, auch von ihren Wählern und Wählerinnen. Demokratisch regieren innerhalb unseres Finanzsystems ist schwer möglich. Dazu ein Zitat:

„Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“

Horst Seehofer
bei Pelzig am 20.5.2010

Quod erat demonstrandum – was zu beweisen war.